

Wien, am Mittwoch, den 27. November 1929

.....
 Der städtische Voranschlag für 1930. Der Wiener Stadtsenat setzte heute gemeinsam mit dem städtischen Finanzausschuss die Generaldebatte und Spezial-

debatte über die Verwaltungsgruppe für Finanzwesen fort. Gemeinderat Hiess verwies insbesondere auf die Bedeutung des Wohlfahrtswesens, dessen veranschlagte Ausgaben rund 30 Prozent der Nettoausgaben ausmachen. GR. Thaller richtete an den Finanzreferenten das Ersuchen, bei der Vergebung von Subventionen auch auf die grossen Kulturorganisationen der Wiener Arbeiterschaft Rücksicht zu nehmen. Bei der Besprechung der Förderung der Theater- und Musikaufführungen für die Arbeiterschaft durch die Wiener Gemeindeverwaltung lenkt GR. Thaller die Aufmerksamkeit auf das darniederliegende Wiener Konzertleben. In diesem Zusammenhang bemerkt er, dass die ausländischen Rundfunkgesellschaften grosse Kulturaufgaben erfüllen, während die Ravag damit nichts zu tun haben will. Wien ist im Ravagbeirat ganz unzulänglich vertreten. Da jedes Bundesland in diesen Beirat nur einen Vertreter entsenden kann, steht der Vertreter Wiens, das 230.000 Teilnehmer hat, den 8 Vertretern der übrigen Bundesländer gegenüber, die jedoch insgesamt nur 130.000 Teilnehmer zählen. In seinem Schlusswort beantwortet St. R. Breitner zunächst die an ihn gestellten Anfragen und gibt dann einen Ueberblick über den Betrieb des städtischen Lagerhauses. Während im Jahre 1912 rund 1'5 Millionen Meterzentner und im Jahre 1913 rund 1'30 Millionen Meterzentner Einlagerungen im städtischen Lagerhaus vorgenommen wurden, weist das Jahr 1928 nur 793.000 Meterzentner Einlagerungen auf. Das Lagerhaus teilt eben das Schicksal von Oesterreich; alles ist für den kleinen Staat viel zu gross. Von einer Unfähigkeit der Verwaltung bei der Betriebsführung des städtischen Lagerhauses kann daher nicht gesprochen werden. Die Generaldebatte und Spezialdebatte über die Verwaltungsgruppe für Finanzen ist damit abgeschlossen. Die Positionen der Verwaltungsgruppe für Finanzwesen werden genehmigt. Nun berichtet St. R. Professor Dr. Tandler über die Verwaltungsgruppe für Wohlfahrtswesen und soziale Verwaltung. Der Nettoaufwand beziffert sich gegenüber 91 Millionen Schilling im laufenden Jahr auf 101 Millionen Schilling. Der Fürsorgeapparat wird im kommenden Jahr eine weitere Ausgestaltung erfahren. Im Budget sind die Baukosten für 15 Kindergärten sichergestellt, es werden neue Horte errichtet, neue Tuberkulose Fürsorgestellen sowie zwei neue Behandlungsstellen von Schulzahnkliniken. Ausserdem werden drei neue Schulzahnkliniken errichtet. Am 1. November ds. Jahres trat eine automatische Erhöhung der Pfründen ein. Die niederste Pfründe beträgt jetzt 16 Schilling, die Höchstpfründe 56 Schilling. Das Fürsorgewesen der Gemeinde ist an der Bekämpfung der Not, die durch die Arbeitslosigkeit hervorgerufen wird, hervorragend beteiligt. So wurden zum Beispiel im Mai für Pflegegelder 151.000 Schilling ausgegeben; 72.000 Schilling davon nur deshalb, weil die Eltern der Kinder arbeitslos geworden sind. Von Mai bis September wurden an Pflegebeiträge für Kinder arbeitsloser Eltern insgesamt rund 330.000 Schilling ausgegeben. Nicht weniger als 16.000 Familien erhalten diese Pflegebeiträge. Im gleichen Zeitraum wurden arbeitslosen Familien 215.000 Schilling als Aushilfen gegeben. Eine schwere Belastung für das Wohlfahrtswesen sind auch die Fürsorgebedürftigen minderjährigen Ausländer. In den ersten neun Monaten dieses Jahres wurden nicht weniger als 460.000 Schilling für Kinder fremdständiger Eltern ausgegeben. Ueber den Gesundheitszustand der Wiener Bevölkerung berichtet St. R. Professor Dr. Tandler, dass gegenwärtig in Wien eine Scharlachepidemie herrscht. Die Krankheiten nehmen jedoch durchwegs einen leichten Verlauf. Die Gemeinde hat für scharlachkranke Kinder ein Rekonvaleszentenheim errichtet. Wenn es die Situation erfordert, wird auch ein Scharlachepidemiespital eröffnet werden. Die Tuberkulosesterblichkeit geht zurück, die Säuglingssterblichkeit ist gleich geblieben und beträgt 8 Prozent. Sehr bedeutend hat die Sterblichkeit zugenommen, die durch Karzinom verursacht wird. Die Krebskrankheiten und Herzkrankheiten bedeuten eine wirkliche Gefahr für die Existenz der Menschheit. GR. Blum stellt an den Referenten die Anfrage, ob im Wohlfahrtswesen alle Vorsorgen getroffen wurden, um den Gefahren des kommenden Winters wirksam begegnen zu können. GR. Gross ersucht, auch in Mariahilf einen Kinderhort und ein Kinderfreibad zu errichten. Ebenso wäre ein zweiter Kindergarten notwendig. GR. Thaller verweist auf die Bedeutung des Berufsberatungsamtes und insbesondere auf die Bedeutung der Ueberwachung der Lehrstellen. GR. Professor Dr. Neubauer erklärt, dass im Zuge der Verwaltungsreform die Gesetzgebung

hinsichtlich des Leichen- und Bestattungswesens Bundessache und die Vollziehung Landessache werden soll. Es muss daher Vorsorge getroffen werden, dass die Feuerbestattung der Wiener Bevölkerung erhalten bleibt. Der Redner spricht dann über die Abstinenzpropaganda und wünscht, dass auch die Gemeinde Wien an der Abstinenzpropaganda aktiv teilnehmen soll. GR. Wimmer erklärt, dass im Hernalser Friedhof die Errichtung einer zweiten Bedürfnisanstalt notwendig wäre. GR. Broczyner stellt an den Referenten die Anfrage, wie es um die neue Behandlung der Tuberkulose durch Diätikuren steht. Er bespricht sodann die Kündigungen von Sportplätzen, die für den Wohnhausbau benötigt werden, und ersucht den Referenten, in dieser Hinsicht den Wünschen der einzelnen Vereine nach Möglichkeit nachzukommen. GR. Weigl begrüsst die Berufung des Professors Dr. Noorden an das Spital der Stadt Wien und stellt an den Referenten die Anfrage, wie weit der Bau des neuen Rheumatikerpavillons schon gediehen ist. In seinem Schlusswort erwidert Professor Dr. Tandler auf die verschiedenen Anfragen. Der Rheumatikerpavillon in Lainz ist bereits unter Dach. Professor Dr. Noorden erhält im Krankenhaus der Stadt Wien eine Abteilung von 50 bis 60 Betten. Er wird die Aerzte und das Pflegepersonal in diätetischer Küche unterrichten. Das Gersonsche Heilverfahren hat sich bei der Lungentuberkulose nicht bewährt. Es hilft angeblich bei der Knochen- und Hauttuberkulose. Bezüglich der letzteren wird das Verfahren im Lupusheim überprüft. Die Positionen der Verwaltungsgruppe für Wohlfahrtswesen und soziale Verwaltung werden genehmigt. Amtsführender St. R. Weher berichtet über die Verwaltungsgruppe für Wohnungswesen. Während für das laufende Verwaltungsjahr 76 Millionen Schilling für Wohnhaus- und Siedlungsbauten veranschlagt sind, beträgt diese Post für das Jahr 1930 rund 90 Millionen Schilling, wovon für den Hochbau rund 82 Millionen Schilling veranschlagt sind. Mit Ende 1929 verwaltet die städtische Häuserverwaltung 51.161 Wohnungen und 2875 Geschäftslokale. Die Zahl der Wohnungssuchenden ist unverändert. Vom 1. Jänner bis 30. September dieses Jahres haben sich 22.392 Parteien um eine Wohnung beworben. Im gleichen Zeitraum wurden 6198 Parteien untergebracht. Der Wohnungsaustausch geht im grössten Ausmass vor sich. Für die bisher fertiggestellten und noch im Bau befindlichen Wohnhausbauten ergibt sich der ungeheure Materialbedarf von 607.868 Waggons zu zehn Tonnen. Die Gemeinderäte Schafranek, Hiess, Gross, und Blum bringen Bezirkswünsche vor. Dazu nimmt der Referent Stellung, worauf die Ansätze der Verwaltungsgruppe für Wohnungswesen und soziale Verwaltung beschlossen werden. Amtsführender Stadtrat Speiser berichtet nun über die Verwaltungsgruppe für Personalangelegenheiten und Verwaltungsreform. Der gesamte Personalaufwand wird mit 196,000,000 Schilling veranschlagt. Davon entfallen auf die Aktiven und Lehrpersonen 146,000,000 Schilling, auf die Pensionisten 45,000,000 Schilling, auf die niederösterreichischen Landespensionisten 4,000,000 Schilling. Der Aktivaufwand hat sich um rund 7'5 Prozent, der Pensionsaufwand um 8'4 Prozent und der Gesamtaufwand um rund 8 Prozent erhöht. Der erhöhte Aktivitätsaufwand ist vorwiegend auf die ab 1. Dezember dieses Jahres zugestandene Bezugserhöhung durch Auszahlung eines vierzehnten Monatsgehaltes zurückzuführen. Am 1. August ds. J. beschäftigte die Gemeinde 25.602 Angestellte und Lehrpersonen. Davon verteilen sich auf die allg. Verwaltung 4943, auf die Betriebe 14.034, auf das Schulwesen 6562 und auf das Kontrollamt 63 Angestellte. Am 1. August dieses Jahres wurden 10.116 Pensionsparteien gezählt. Nach dem Referat des Stadtrates Speiser werden die Verhandlungen abgebrochen. Sie werden am Freitag fortgesetzt.

Sitzungen im Rathaus. Morgen Donnerstag findet keine gemeinsame Sitzung des Stadtsenates und des Finanzausschusses statt. Die Beratungen über den Voranschlag der Bundeshauptstadt Wien für das Jahr 1930 werden übermorgen Freitag um 16 Uhr fortgesetzt.
